

Wahlprüfsteine BUND Hessen

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Flächen-Neuinanspruchnahme für Siedlung und Verkehr in Hessen auf 1 Hektar am Tag bis 2025, und auf Netto-Null Hektar am Tag bis 2030 zu senken?

Der Flächenverbrauch pro Tag liegt deutlich über der angesetzten Zielvorgabe der Bundesregierung. Um diese Ziele nachhaltig erreichen zu können, müsste das Land Hessen seinen Flächenverbrauch bis 2030 auf einen Hektar pro Tag reduzieren. Diese Reduzierung streben wir im Rahmen einer Entsiegelungsoffensive an. Das Ziel des Landesentwicklungsplans (LEP) muss darin liegen, die Netto-Flächenversiegelung so niedrig wie möglich zu halten. Daher soll neben einer sparsamen Neuversiegelung auch die Entsiegelung nicht mehr benötigter Siedlungs- und Verkehrsflächen eine wichtige Rolle spielen. Dafür planen wir die Schaffung eines Förderprogramms für Kommunen, aber auch Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer. Eine verbindliche Verankerung zur Reduzierung des Flächenfraßes und eine gleichzeitige Steigerung der Bereitschaft zur Flächenentsiegelung müssen im Landesentwicklungsplan aufgenommen werden. Perspektivisch wollen wir einen Nettonullverbrauch erreichen.

2. Werden Sie einen wirksamen, nachvollziehbaren Klimaplan vorlegen, der die Klimaneutralität Hessens bis 2035 vorsieht?

Der Schutz der Menschen vor den großen Veränderungen des Klimas ist eine der zentralen Aufgaben der Politik der nächsten Jahrzehnte. Dazu sind Veränderungen in vielen Lebensbereichen nötig. Diese wollen wir so gestalten, dass unser Wohlstandsniveau erhalten und gleichzeitig die soziale Ungleichheit reduziert wird. Diese Aufgabe betrifft alle Ebenen und alle Politikbereiche. Wir wollen, dass das Land Hessen seinen eigenen Beitrag leistet, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Hessen soll als eines der ersten Bundesländer klimaneutral werden. Dafür tragen alle Ressorts Verantwortung. Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode ein Gesetzentwurf für ein Gesetz zum Schutz von Menschen und Natur vor dem Klimawandel in den Hessischen Landtag eingebracht. Neben guter Arbeit werden Nachhaltigkeit und Klimaschutz zentraler Maßstab für Landespolitik. Jedes Gesetz, jede größere Haushaltsposition wird im Vorfeld auf die Klimawirkungen geprüft. Dabei werden alle Klimawirkungen mit einem CO₂-Schattenpreis in der Höhe der CO₂-Schadenskosten versehen. Vorschläge, die nicht klimaneutral umsetzbar sind, bedürfen einer besonderen Begründung. Ebenfalls auf Klimawirkung geprüft werden Verordnungen und der Landesentwicklungsplan. Bestehende Regelungen und Subventionstatbestände werden bis 2025 ebenfalls geprüft und gegebenenfalls geändert. Dazu werden wir das gerade beschlossene Klimaschutzgesetz verbessern.

Für das Land Hessen wird ein integrierter Klimaschutzplan erstellt. Hier werden die Klimaziele festgehalten und die notwendigen Maßnahmen zusammengefasst. Diese decken dabei alle relevanten Handlungsfelder ab. Sektorkopplung wird genutzt, um die Ziele schneller und effizienter zu erreichen. Der Klimaschutzplan wird darauf ausgelegt, die Entwicklung hin zur Klimaneutralität deutlich zu beschleunigen. Er enthält insbesondere konkrete Minderungsziele für die Bereiche Energie, Gewerbe, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft. Die Folgen aller Maßnahmen auf Beschäftigung und Einkommen werden regelmäßig auf der Ebene von Regionen und Branchen analysiert, um negativen Effekten entgegenzuwirken.

In einem Klimabericht alle zwei Jahre legt die Landesregierung Rechenschaft ab, inwieweit die Klimaziele erreicht wurden. Fehlentwicklungen wird durch neue Maßnahmen begegnet. Das Land schließt Klimaschutzvereinbarungen mit Unternehmen, um Emissionen und Energieverbrauch zu reduzieren und fördert Umstellungsmaßnahmen, dazu gehören auch Zahlungen für eine Übergangszeit, um Nachteile aus klimaneutraler Produktion auszugleichen. Diese können aus dem von der SPD vorgeschlagenen Transformationsfonds gefördert werden. Dieser unterstützt auch Beschäftigte beim Erwerb einer neuen Qualifikation. Einbezogen werden Maßnahmen, die negativen sozialen und ökonomischen Folgen von Klimaschutzmaßnahmen entgegenwirken. Dazu gehört insbesondere die Sicherung von Arbeit, Einkommen und Wirtschaftskraft. Die Entwicklungen hin zu Maßnahmen für den Schutz der Menschen vor dem Klimawandel werden ergänzt um Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel.

3. Werden Sie sich für gesetzliche Regelungen zur Solarpflicht auf allen Neubauten und auf Dächern, bei denen wesentliche Sanierungen oder Änderungen anstehen, sowie über allen versiegelten Flächen (Parkplätze, Lärmschutzwände o.ä.) einsetzen?

Wir wollen einen deutlichen Ausbau der Solarenergie. Dabei gilt, dass die Nutzung von bereits versiegelten Flächen wie Dächern, Fassaden, Balkonen, Lärmschutzwänden, Parkplätzen etc. Vorrang vor der Nutzung von Freiflächen haben muss. Das Land muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen: Auf allen geeigneten Dachflächen von landeseigenen Gebäuden werden bis 2030 Photovoltaik-Anlagen (PV) eingerichtet. Wir werden die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf allen Dachflächen und Verkehrsstraßen, auf denen das technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, ermöglichen und fördern. Die Bedingungen für die Nutzung von Photovoltaik auf denkmalgeschützten Gebäuden werden wir im hessischen Denkmalschutzgesetz festschreiben, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben.

Ganz ohne die Nutzung von Freiflächen für Photovoltaik werden wir unsere Ausbauziele in Hessen nicht erreichen. Um schneller Flächen bereitzustellen, werden wir eine generelle Öffnung der Standortkulisse für benachteiligte Gebiete mittels Landesverordnung ermöglichen. Bei der Freifläche legen wir den Schwerpunkt auf Schienen- und Bahntrassen sowie auf die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen (Agri-PV) und bereits versiegelten Flächen.

4. Unterstützen Sie im Rahmen der Verkehrswende den Vorrang des ÖPNV?

Im ÖPNV-Gesetz sollen durch Qualitätskriterien klare Vorgaben für den Ausbau und den Betrieb des öffentlichen Verkehrs formuliert werden. Der Umweltverbund aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus & Bahn soll bis 2030 um 50 % in Hessen gesteigert werden.

5. Sind sie für die Einführung einer Grundwasserabgabe?

Ja, wir wollen die Einführung einer Wasserabgabe für Verbräuche oberhalb des durchschnittlichen Haushaltsbedarfs

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen Landwirtschaft, Forsten und Umwelt/Naturschutz weiter in einem Ressort gebündelt bleiben?

Die Bündelung von Landwirtschaft, Forsten und Umwelt/Naturschutz in einem Ministerium hat sich aus Sicht der SPD bewährt. Wir denken jedoch weiter. Eine Grundüberlegung ist, dass wir ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum brauchen. Dies sollte die gesamte Fläche im Blick haben, d.h. die Landwirtschaft, den Naturschutz, die Wald- und Forstwirtschaft, das Jagd- und das Fischereiwesen beinhalten, sowie auch die Dorf- und die Regionalentwicklung umfassen und die Wasserversorgung. Wir können uns auch vorstellen, dass der Verkehrsbereich mit integriert wird. Maßgeblich hängt dies

jedoch von etwaigen Koalitionsverhandlungen ab.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Zuständigkeiten im Naturschutz in der Naturschutzverwaltung gebündelt werden?

Wir können uns das vorstellen, wenn gleichzeitig die Schnittstellen zu allen anderen Bereichen, die die Natur beeinflussen, so vernünftig gestaltet werden, dass ein integrierter Zugang zu den notwendigen Gestaltungsentscheidungen erleichtert wird.

8. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Bereich Umwelt, vertreten durch einen hessischen Umwelt- und Naturschutzverband, einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks erhält.

Im Zuge eines Gleichgewichts spricht für uns vieles für eine solche Lösung.